

hinterher

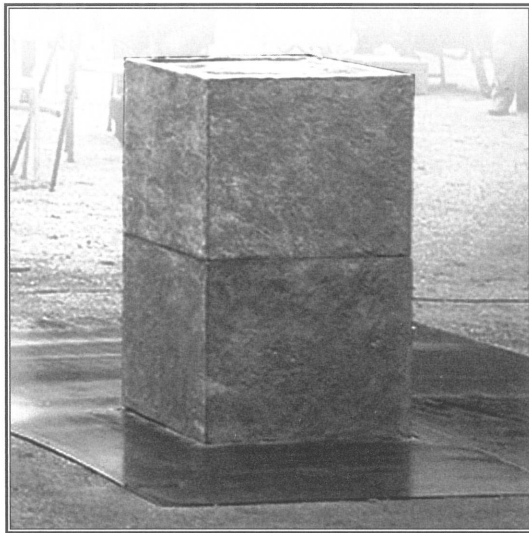
54/2023 4,50 euro



Hauptbahnhof

Triggerwarnung: In diesem Text wird von Selbsttötung, Gewalt und Sterben durch unterlassene Hilfeleistung gesprochen.

Weil die Schweinereien immer weiter gehen



*Der Oranienplatz –
ein Gedenkort für die Opfer von
Rassismus und Polizeigewalt*

Dokumentation ‚Bundesdeutsche Flüchtlingspolitik und ihre tödlichen Folgen‘ – 30 Jahre Recherche und
Dokumentation des staatlichen & gesellschaftlichen Rassismus

Die Dokumentation ‚Bundesdeutsche Flüchtlingspolitik und ihre tödlichen Folgen‘ wird herausgegeben von der *Antirassistischen Initiative* (ARI). Vorfälle zu folgenden Aspekten des gesellschaftlichen und staatlichen Rassismus werden in der Dokumentation gesammelt: Abschiebungen, Suizide, Polizeigewalt, Minderjährige, Suizidversuche, Familientrennungen, unterlassene Hilfeleistung, Selbstverletzungen, Grenzen, Schikane, Lagerzwang, Abschiebehaft, Ignoranz, Misshandlungen, Flughäfen, Residenzpflicht, Festnahmen, Folter, Brandanschläge und Angriffe im Öffentlichen Raum.

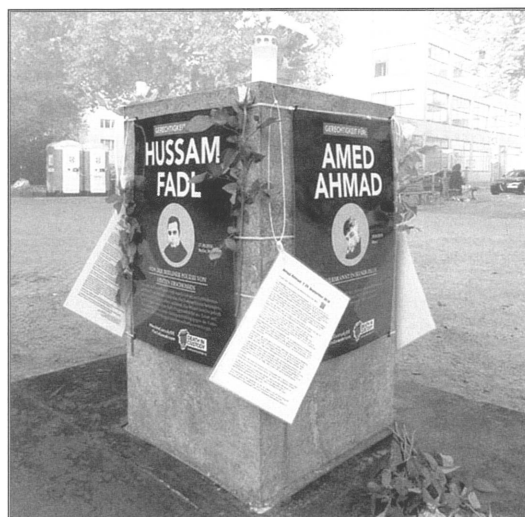
Die Antirassistische Initiative ist ein Verein in Berlin, der Ende der 80er Jahre das erste bundesweite Antirassistische Telefon anbot, bei dem rassistische Angriffe gemeldet werden konnten. In der Büroetage des Hausprojekts Yorck59 entwickelten sich – entsprechend der unterschiedlichen Themen viele Arbeitsgruppen – eine von ihnen entstand Anfang der 90er und machte sich zur Aufgabe, Geschehnisse zu dokumentieren, bei denen Geflüchtete körperlich zu Schaden kamen. Nach intensivem Hauskampf und polizeilicher Zwangsräumung im Juni 2005 erfolgte – eine knappe Woche später – die Besetzung des Südflügels des Bethanien-Gebäudes mitten im Herzen von Kreuzberg auf dem Mariannenplatz. Der Südflügel – ehemaliges Sozialamt – wurde umgehend von linkspolitischen Gruppen angenommen. Ein neuer Treffpunkt war entstanden – und Büros konnten eingerichtet werden. Das Ziel „Selbstverwal-

tung des Südflügels“ konnte 2009 vertraglich fixiert werden. In diesen Jahren gelang es der ARI-Dokumentationsgruppe die Arbeit an der Doku ohne Unterbrechung Jahr für Jahr fortzuführen.

In der Zeitspanne von 1993 bis heute hat sich vor allem die Recherche-Arbeit grundlegend verändert. Von Papierschnipsel aus Zeitungen, Zusammenarbeit mit Antifa-Archiven, Bibliotheksbesuchen, unzähligen Telefonaten und Faxen spielt sich die Suche heute vor allem im Internet ab und wird digital bearbeitet.

Ihr arbeitet jetzt an der 30. Auflage der Dokumentation ‚Bundesdeutsche Flüchtlingspolitik und ihre tödlichen Folgen‘. Was war denn damals der Anlass mit der Dokumentation zu beginnen?

Elke: *Im September 1994 wurden wir angerufen von Herrn Kanthasamy aus Krefeld. Er suchte seinen Sohn. Der Sohn, Sutharsan Kanthasamy, hatte sich das letzte Mal im August bei ihm gemeldet. Er war zu der Zeit in Polen. Daraufhin fuhren Leute von uns an die polnische Grenze und versuchten ihn zu finden. Das war sehr mühsam. Wir haben letztendlich über polnische Journalist*innen herausbekommen, was passiert ist: Am 29. August 1994 sind 22 tamilische Geflüchtete von ihren Fluchthelfern aufgefordert worden, in die Neiße – dem Grenzfluss – zu gehen. Die konnten aber teilweise gar nicht schwimmen, die Strömung war stark, das Wasser war tief, sie sind weggetrieben worden. Mindestens neun Personen sind dabei ertrunken. Wochen nach dem Unglück wurden immer wieder die Toten aus dem Fluss gezogen, darunter war auch Sutharsan Kanthasamy. Zwei Journalist*innen haben sich uns angeschlossen und das Ganze dokumentiert und*



recherchiert. Der Film ‚Der Tod in der Neijße‘ lief dann im Politmagazin ARD-Exklusiv. Das Wichtige an dem Film war, dass erstmals der Bundesgrenzschutz vor der Kamera zugeben musste, dass es Tote an den deutschen Ostgrenzen gab.

Teil lebensgefährlich verletzt. Die Dunkelziffer dabei ist natürlich sehr hoch. In einigen Lokalzeitungen wurde berichtet, dass die Leichen von deutscher Seite aus mit Stangen ins Wasser zurückgeschoben wurden. Das geschah, weil die Gemeinden sonst die Beerdigungskosten hätten tragen müssen.



Bei der Recherche haben wir schon gemerkt, dass das nur die Spitze des Eisberges ist und es noch viel mehr Tote gegeben hat. Wir haben dann an der Grenze weiter recherchiert. Bis zur EU-Erweiterung sind mindestens 121 Menschen an der Ostgrenze gestorben – 305 Geflüchtete zum

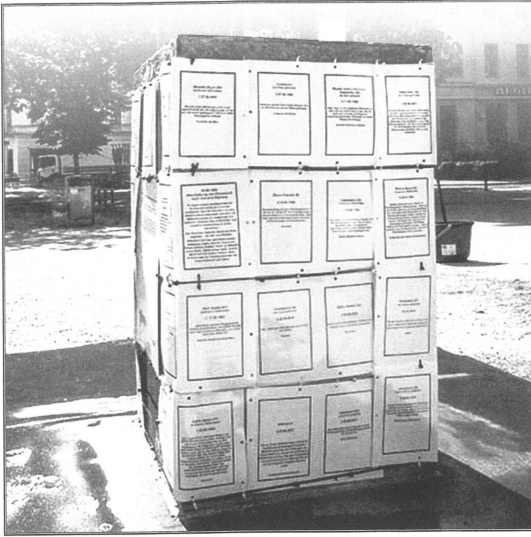
Deutschland Schutz und Sicherheit suchen.

Wie laufen bei euch die Rechercharbeiten ab?

Margot: Wir haben uns nach Bundesländern und Themen aufgeteilt. Ich decke Mecklenburg-



Vorpommern und Bremen ab. Ich durchsuche dort jeweils die Seiten der Flüchtlingsräte und Geflüchteten Initiativen. Dann schaue ich die Bundes- und Landtagsanfragen der Linken durch. Dadurch bekommen wir immer eine ungefähre Statistik zu Übergriffen und gefährlichen Körperverletzungen. Wir nehmen dann diese raus, die für unsere >



Dokumentation relevant sind. Dann beginnt die Recherche auf den Internetseiten der Medien und Initiativen, ob es Berichte zum Beispiel in den Regionalzeitungen gibt, sind die Berichte frei zugänglich und wenn nicht, suchen wir in der Datenbank GENIOS. Wir recherchieren durch Telefonate bei Flüchtlingsräten und bei Unterstützer*innen vor Ort. So sammelt man sich Mosaiksteinchen für Mosaiksteinchen zusammen, um den Fall soweit es geht zu rekonstruieren. Es entstehen hier natürlich schon mal Lücken, zudem ist der Datenschutz eine zusätzliche Hürde. Gerade bei Suiziden ist das ein sehr heikles Thema. Wie kommt man an



Informationen, kommt man überhaupt daran und was kann man nennen.

Elke: Wir haben eine Symptomatik in der Suche. Wir haben die Grobsuche, da durchsuchen wir etliche Plattformen im Internet, zum Beispiel Flüchtlingsräte, politische Gruppen, kurdische Vereine, Roma-Organisationen, andere Politgruppen, Medi-Büros, Landtags- und Bundestagsdrucksachen, Chroniken von Opferberatungsstellen, Polizeimeldungen. Dann geht es in die Detailsuche, wie sie Margot gerade beschrieben hat. Wir bitten auch Fraktionen in Landesparlamenten um die Einreichung sogenannter 'Kleiner Anfragen' zu den Themen Suizide, Suizidversuche und Selbstverletzungen und zu Angriffen auf Geflüchtete im Öffentlichen Raum. Jährlich fragt auch die Linke im Bundestag nach Gestorbenen und Verletzten an den deutschen Grenzen. Und zu den Grenzen gehören natürlich auch die Häfen und die Flugzeuge und Züge.



Wie hoch schätzt ihr die Dunkelziffer bei eurer Dokumentation?

Elke: Am höchsten ist die Dunkelziffer wahrscheinlich bei Angriffen auf der Straße. Die Betroffenen gehen oft gar nicht zu den Bullen und machen keine Anzeige. Erst recht nicht bei Bullengewalt, weil sie genau wissen, es kann oft auf sie zurückschlagen. Bei Abschiebungen sind die realen Zahlen gewalttätiger Übergriffe wohl wesentlich höher als die, die wir erfassen. Von verletzenden Zwangsmaßnahmen bei der Abholung in der Unterkunft und auf dem Weg zum Flughafen und in den Flieger, bekommen wir nur etwas mit, wenn darüber geschrie-

ben wird – von Flüchtlingsräten, Unterstützer*innen oder beispielsweise der Flughafenbeobachtung oder was auch immer. Gewalt nach Abschiebung, da erfahren wir relativ wenig, außer die Leute bleiben in Kontakt mit Menschen hier in Deutschland. Die Dunkelziffer ist auch hoch bei Gewalt, die auf dem Weg nach Deutschland passiert. Das bekommen wir nur ausschnittsweise mit.

Margot: Bei unerlaubten Grenzübertritten in die BRD ist die Dunkelziffer ebenfalls sehr hoch. Einen Teil davon bekommen wir durch Polizeiberichte mit oder durch Medien, die über besonders krasse Fälle berichten. Wenn sich zum Beispiel Geflüchtete unter Lastwagenanhängern verstecken, von Zügen bei grenznahen Bahnhöfen abspringen und dann von der Bundespolizei verfolgt und gefasst werden oder bei Verfolgungsjagden zu Schaden kommen. Ich möchte auch nicht wissen, wie hoch die Dunkelziffer bei Übergriffen durch die Securities und

Polizei in Geflüchteten Unterkünften ist.

Eure Recherchearbeit klingt sehr zeitintensiv, da braucht es sicherlich viele Leute, die mitmachen.

Elke: Das ist ziemlich wechselnd. Wir schicken jedes Jahr eine bundesweite Aufforderung zum Mitmachen. Bundesweit, weil die Recherche und Gruppentreffen ja auch online gemacht werden können. Wir haben zum Beispiel seit Jahren eine Mitstreiterin in Rumänien – andere Mitarbeitende sind auch nicht in Berlin. Es kommt eigentlich gar nicht auf die Anzahl der Leute an, sondern auf die Zeit, die die Leute investieren können. Alles was wir machen, ist schon immer unbezahlt und nebenberuflich gewesen. Deshalb suchen wir immer wieder neue Leute, weil andere – den Lebensumständen entsprechend – die Gruppe verlassen.



Margot: Gerade sind wir an die zehn Leute. Jede Person, die da ist und auch nur wenig mitarbeitet, ist eine Unterstützung. Wir treffen uns einmal im Monat online. Die Arbeit ist vielschichtig, reicht von Netz-, Medien- und Telefonrecherche über Texte verfassen bis hin zu Pressearbeit. Dass unsere Arbeit zeitintensiv ist, liegt auch daran, dass wir sehr viel Wert auf Genauigkeit legen. Verwandtschaftsverhältnisse müssen stimmen, Orte und Zahlen ebenso und so weiter. Das ist wichtig für die Glaubwürdigkeit unserer Dokumentation. >

Wie könnt ihr die Räume und den Druck der Dokumentation finanzieren?

Elke: Wir beantragen jährlich Geld von Pro Asyl und dem Verein der Linken im Bundestag. Dadurch decken wir die Herstellungskosten der Dokumentation. Wir haben aber auch eine riesige Web-Dokumentation und Datenbank im Netz, in der die neuen und aktualisierten Einzelgeschnehnisse aus der vierbändigen Papier-Doku jährlich eingepflegt wurden und werden. Um diese große Suchmaschine rein technisch zu erhalten und zu pflegen brauchen wir Fachleute und die werden natürlich bezahlt. Spendengelder von Einzelpersonen sind uns durchaus willkommen. Unsere Miete wurde durch die Selbstverwaltung im Hause niedrig eingestuft – insgesamt kommen wir klar. Gerade bekamen wir einen neuen gebrauchten Kopierer als Sachspende.



Welche Schicksale aus der Recherche sind euch besonders im Gedächtnis geblieben?

*Margot: Mich empört immer wieder die Härte, mit der Geflüchtete abgeschoben werden. Das Beispiel einer pakistanischen Familie ist symptomatisch für diese Abschiebep Praxis. Geschehen ist es am 21. August 2021 im beschaulichen Kurort Manderscheid in Rheinland-Pfalz. Um 6.10 Uhr stürmen zehn Bundespolizist*innen die Wohnung der Familie, nachdem sie zuvor gewaltsam die Wohnungstür aufbrechen und reißen die Familie aus dem Schlaf. Mit bei der Polizei sind zwei Mitarbeiter*innen der Ausländerbehörde Wittlich und ein Ärzteteam. Die Eltern werden sofort von ihren drei Kindern (zwölf, neun und drei Jahre alt) getrennt. Das brutale Vorgehen verängstigt die Kinder, sie weinen, aber der Mutter wird nicht gestattet, sie zu trösten. Erst als das jüngste Kind hyperventiliert, darf die Mutter es beruhigen. Unmenschlich und demütigend wird auch mit dem Vater umgegangen, der an Harnproblemen leidet. Ihm wird der Toiletten gang verweigert, so dass in der Folge bei ihm rasend schmerzhaft Krämpfe auftreten. Nun darf er*

endlich zur Toilette. Auch der Rest der Familie muss jeden Toiletten gang erbetteln. Obendrein wird der Familie das Betreten der Küche verweigert, die Kinder können also nicht mit Wasser versorgt werden. Die entwürdigende Behandlung setzt sich weiter fort, als sich der Vater komplett für eine Leibesvisitation ausziehen muss. Die Familie wird anschließend nach Berlin gebracht. Während der zehnstündigen Fahrt zum Flughafen gibt es ein paar trockene Kekse. Von Berlin aus wird sie nach Islamabad abgeschoben. Derartige gewaltvolle Methoden sind etablierte Praxis bei Abschiebungen mit dem klaren Ziel der Abschreckung statt Menschenrechte.



Das Thema Erinnerung ist bei euch zentral. Könnt ihr beschreiben, wieso euch das wichtig ist?

*Elke: Erinnerung und Gedenken sind Begriffe, die uns motivieren, immer wieder weiterzumachen. Erinnerung ist die Arbeit an dieser Dokumentation. Anhand der einzelnen Geschichten können wir die vielen Facetten dieser tödlichen und menschenverachtenden Flüchtlingspolitik beschreiben. Wir schreiben Geschichten, in denen Geflüchtete körperlich zu Schaden kommen, entweder durch Staatsgewalt, bei der Abschiebung, durch Polizei, durch Passant*innen. Die Menschen, die wir beschreiben, sind Geflüchtete mit unsicherem*

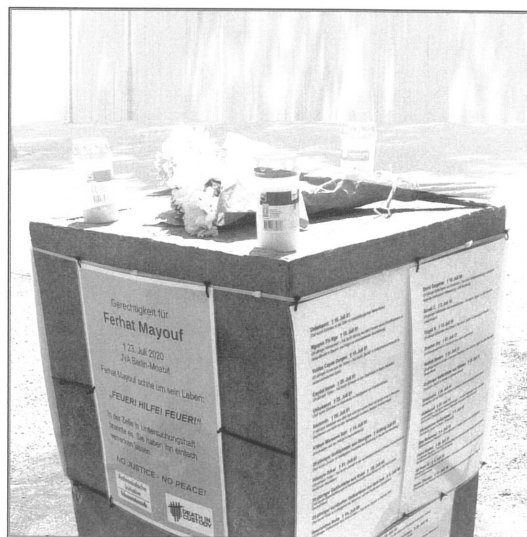
oder gar keinem Status. Erinnerung heißt auch und vor allem, den Opfern der staatlichen und gesellschaftlichen Gewalt einen Namen zu geben. Das Leiden der

Betroffenen sichtbar und erfahrbar zu machen für andere Leute. Wir widmen uns dem Thema Erinnern aber nicht nur durch die Dokumentation: Wir haben uns an einem Mahnmal beteiligt, einer Stehle, auf deren große Grundplatte steht: "In Gedenken an die Opfer von Rassismus und Polizeigewalt". Das ist der Inbegriff der Erinnerung – ein Denkmal. Es wurde im September 2021 auf dem Oranienplatz in Kreuzberg aufgestellt. Damit es nicht so leicht von offizieller Seite einfach wegzuräumen war, wurde es – monatlich wechselnd – mit Plakaten, Namenstafeln, Kerzen, Blumen und so weiter als Erinnerungsort für Opfer von Rassis-

mus und Staatsgewalt, hergerichtet. Fortan war dieser Ort Start- oder Endpunkt von Demonstrationen und Ort für viele Kundgebungen. Im August 2022 wurde das Mahnmal von der Bezirksversammlung Kreuzberg als Kunstwerk anerkannt, das heißt, es darf nicht mehr weggeräumt werden.

Das war ein guter Erfolg und es ist wahrscheinlich das einzige Denkmal in Deutschland mit diesem Untertitel.

Der Oranienplatz in Kreuzberg ist insofern denkwürdig, weil da im Herbst 2012 Geflüchtete nach 600 Kilometer Protestmarsch – ausgehend von Würzburg – ankamen. Auf dem langen Weg haben sie in vielen Orten und verschiedenen Bundesländern Bleiberechts-Aktionen gemacht. Sie besetzten den Oranienplatz, bauten Zelte auf und blieben. Von da aus haben sie mit der Unterstützung von Berliner Gruppen und Einzelpersonen Aktionen, Demonstrationen, Kundgebungen und so weiter selbst >





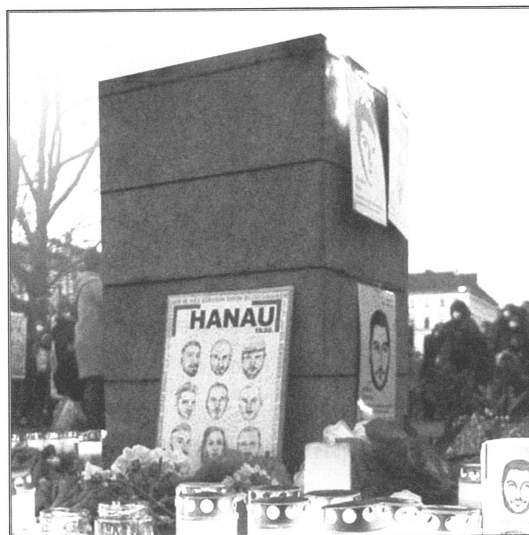
organisiert. Die ARI unterstützte die Kämpfe unter anderem auch mit Bereitstellung eines Kontos für die Finanzierung der Infrastruktur auf dem Platz. Erst als eine grüne Lokalpolitikerin mithilfe der Boulevardpresse erfundene Unstimmigkeiten zum Umgang mit den Spendengeldern skandalisierte, gelang es, die Geflüchtetengruppen auf dem Oranienplatz und die unterstützenden Organisationen zu spalten, so dass der Platz nach eineinhalb Jahren Besetzung

relativ schnell geräumt werden konnte. Der Kampf der nun obdachlos gewordenen Geflüchteten setzte sich dann mit der Besetzung der leerstehenden Gerhart-Hauptmann-Schule in Kreuzberg fort. Eine lange Geschichte ... mit bitterem Ende.

2009 habt ihr der *Hinterland* bereits ein Interview gegeben. Die letzte Frage damals lautete: „Ihr gebt die Dokumentation ja schon sehr lange heraus – warum macht ihr immer weiter?“ Nach weiteren 14 Jahren: Wie würdet ihr heute darauf antworten?

Elke: Genauso wie damals: Weil die Schweinereien auch immer weitergehen.<

Das Gespräch führte Agnes Andrae



Mit Vollgas in die Katastrophe

16. März 2018

Didim an der türkischen Westküste. Noch vor Sonnenaufgang steigen die Mitglieder zweier Familien – einer afghanischen und einer irakischen – in ein für sie relativ geräumiges Boot, das wahrscheinlich aus Glasfaserkunststoff besteht. Es sind insgesamt 17 Flüchtlinge und zwei türkische Fluchthelfer an Bord. Sie legen ab und fahren in Richtung der 20 Kilometer entfernt liegenden griechischen Insel Agathonisi. Nach zwei Drittel des Weges beziehungsweise sechs Kilometer vor ihrem Ziel – beschleunigen die Schlepper das Boot, weil sie sich von der türkischen Küstenwache verfolgt fühlen. Die Vollgasfahrt hält der kleine Motor nicht aus, das Boot stoppt, Wellen schlagen in den Rumpf, und das Boot beginnt zu sinken.

Die 28 Jahre alte Freshta X., Schwester von Darab Darvish, der auf Samos die Fahrt telefonisch begleitet, sendet ihm eine Sprachnachricht: „Das Boot hat gestoppt! Wir sinken! Wir sinken!“.

Es gibt Rettungswesten für alle, außer für ein vier Monate altes Baby aus dem Irak – das Mädchen ertrinkt sofort. Darab Darvish wählt sofort den Notruf 112 und berichtet von dem Unglück. Ihm wird gesagt, dass er beim *Joint Rescue Coordination Center* in Athen anrufen soll, das die Küstenwache koordiniert, und erhält auch eine Telefonnummer. Hier bekommt er erneut eine Mobilnummer, an die er den WhatsApp-Standort der Nachricht seiner Schwester schicken soll. Als ihm gesagt wird, dass sich die Information nicht öffnen lasse, schickt er einen Screenshot seines Smartphones, die genauen Koordinaten, eine Google-Karte und eine Sprachnachricht, in der er erklärt, wie die Geo-Koordinaten eingegeben werden müssen.

Die im Meer treibenden Erwachsenen versuchen in der Nähe ihrer Kinder zu bleiben – sie haben noch Hoffnung, denn sie wissen, dass ihr Standort an die Küstenwache weitergegeben wurde. Nach ein bis zwei Stunden nähert sich ein größeres Schiff, grau und weiß, mit einer großen Antenne, daran eine weiß-blaue Flagge. Die Teenager blasen nach Kräften in die Signalpfeifen ihrer Schwimmwesten, alle winken und rufen, aber das Schiff fährt weiter. Erst weit entfernt stoppt es und hält die Position. Derweil bekommt Darab Darvish nach weiteren Hilfersuchen von der Küstenwache die Information, dass Flüchtlinge aus dem Meer gerettet wurden, allerdings sind dies mehr als 60 Personen und in zwei Booten angekommen – keine afghanischen Menschen dabei. Herr Darvish telefoniert immer verzweifelter und bittet die Küstenwache und Polizei an, nach den im Wasser Treibenden zu suchen.

Im Meer spitzt sich die Situation zu: Der Wind frischt auf, und die Wassertemperatur beträgt 15 Grad; viele der im Meer Treibenden drohen vor Erschöpfung und Unterkühlung einzuschlafen. Die Eltern versuchen, ihre zitternden Kinder wach und aktiv zu halten.

Fahima Malek, die 45 Jahre alte Tante von Darab Darvish, verliert in diesen Stunden ihre vier Kinder: Die fast 18-jährige Tochter Kawsar und die Söhne Arsalan (20), Yasir (17) und den sechsjährigen Serosh. Die letzten Worte ihres jüngsten Sohnes: „Mama, ich kann nicht mehr, bitte töte mich“. Auch die Schwester von Darab Darvish, die 28 Jahre alte Freshta, seine beiden Brüder Shaheel (16) und Zubair (7) und ihr Vater, der 53-jährige Mohammad Mohsen sterben.

Gegen Abend treiben nur noch drei lebende Personen im Meer: Es sind Fahima Malek, der 51 Jahre alte Iraker Qassim Y. und die Ehefrau seines Neffen Shyama (phon.). Deren Mann Wussam (42) und ihre zwei Kinder, der 14-jährige Zaid und die vierjährige Yqueest (phon.) sind ertrunken. Auch Ahlem, die 41 Jahre alte Frau von Qassim Y., ihr sechsjähriger Sohn Haidar (phon.) und die vier Monate alte Tabarak (phon.) haben die Katastrophe nicht überlebt.

Wellen und Wind haben die drei im Wasser Treibenden dem Ufer der Insel nähergebracht. Qassim findet

etwas Ähnliches wie einen Rettungsring, die beiden Frauen haken sich rechts und links mit einem Arm ein, im anderen hält jede eines ihrer toten Kinder.

Sie kommen an Land und heben ihre toten Kinder auf die Felsen. Quassim Y. geht weiter, um Hilfe zu holen, gibt aber erschöpft auf und verbringt die Nacht unter einem Baum. Die Frauen, die nicht miteinander sprechen können, schleppen sich hinter einen schützenden Felsen und umarmen sich gegen die Kälte. Um 8.58 Uhr verschickt Darab Darvish erneut eine WhatsApp-Nachricht an den Kontakt vom Vortag – keine Antwort. Ungefähr um diese Zeit erreichen die drei Überlebenden die Polizeiwache in Agathonisi, und die Beamten informieren die Küstenwache.

13 Schiffe, zwei Helikopter und ein Flugzeug rücken aus, aber sie können nur noch die Ertrunkenen bergen, die sie – gemeinsam mit den Überlebenden – auf die größere Insel Samos fahren. Am frühen Nachmittag erhält Darab Darvish einen Anruf, durch den er gebeten wird, Namen und Fotos an die Küstenwache auf Samos zu schicken. Eine Antwort bekommt er nicht. Allerdings läuft er ins Krankenhaus der Insel, eine Krankenschwester schickt ihn in den dritten Stock, und als er durch den Türspalt seine Tante erkennt, bricht er zusammen.

Darab Darvish war vor zwei Monaten selbst über das Meer gekommen und dann im Zeltlager auf Samos untergebracht worden. Auch seine Mutter Zarghona und seine Schwester Mariam hatten die Überfahrt vor einiger Zeit geschafft und mussten im Flüchtlingslager Moria auf Lesbos ausharren. Sie alle wollten gemeinsam nach Deutschland kommen, um mit den Familien von Fahimas Schwester und ihres Bruders in Sicherheit zusammenleben zu können. Sie waren zum Teil schon in den 80er und 90er Jahren gekommen und hatten sich in Paderborn und Düsseldorf niedergelassen.

Einige von ihnen fliegen kurz nach der Katastrophe nach Griechenland, informieren *Pro Asyl*, *Refugee Support Aegean* (RSA) und das Nachrichtenmagazin *Der Spiegel*. Schon im April erstattet die Familie Strafanzeige gegen Verantwortliche der Küstenwache wegen unterlassener Hilfeleistung.

Mit Hilfe von RSA gelingt es, Fahima Malek aus dem berüchtigten Zeltlager für ankommende Flüchtlinge auf Samos herauszuholen, und sie in einer kleinen Wohnung in Athen unterzubringen. Später kann sie – zusammen mit ihren in Griechenland festsitzenden engen Angehörigen (Schwester, Nichte und Neffe Darab Darvish) durch ein kompliziertes Verfahren der

Familienzusammenführung gemäß der Dublin-Vereinbarung nach Deutschland einreisen.

Mehr als ein Jahr nach der Erstattung der Strafanzeige stellt die zuständige Staatsanwaltschaft in Griechenland das Verfahren ein, sodass es kein Gerichtsverfahren geben wird. Es ist damit offensichtlich, dass – trotz handfester Beweise – kein Interesse an der Aufklärung der Verantwortlichkeit besteht. Die Rechtsanwältin der Familie wird in Berufung gehen, um eine gerichtliche Untersuchung zu erreichen. Notfalls wird sie bis zum Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte ziehen.

Fahima Malek und ihre Angehörigen hatten sich zur Flucht aus Afghanistan entschieden, weil sie von Seiten der Taliban zum Tode verurteilt worden waren, denn Fahimas Neffe hatte für die britischen Nato-Truppen als Dolmetscher gearbeitet und seine bei der Überfahrt ertrunkene Schwester Freshta als Menschenrechtsanwältin – auch ihr Bruder Darab hatte als Anwalt in Afghanistan gearbeitet. Nachdem in der Türkei ihre Anträge auf Aufenthalts- und Arbeitserlaubnis nach eineinhalb Jahren des Wartens abgelehnt worden waren, hatten sie sich zur Überfahrt nach Griechenland entschlossen.<

Welche Anzeichen braucht ihr noch?

14. November 1998

Harrinder Singh Cheena (Balvinder Cheema), jugendlicher Flüchtling (16 oder 18 Jahre alt) aus Indien, seit 59 Tagen in Deutschland und davon seit 55 Tagen in Abschiebehaft, wird erhängt in der Zelle 322 der Justizvollzugsanstalt Halle aufgefunden. Er hatte sich aus einem Betttuch ein Seil geknüpft.

Cheena ist Sikh und stammt aus einem Bauerndorf im Punjab. In seinem Asylantrag gibt er an, dass sein Vater von Polizisten umgebracht worden sei. Er will auf keinen Fall nach Indien zurück, und vor allem will er aus dem Gefängnis raus, vermittelt er dem Dolmetscher. Als er seinen Kopf an einer Stahltischkante blutig schlägt, wird er in den Sanitätstrakt gebracht und dort mit Händen und Füßen ans Bett gefesselt.

Cheena kommt später noch öfter in die Sanitätsstation und wird dort jedes Mal "fixiert", nachdem er sich mit Scherben an Bauch und Brust verletzt oder sich die Pulsadern aufschneidet. Cheena verweigert zeitweise die Nahrungsaufnahme. Einer der Anstaltspsychologen sieht dreimal nach ihm, hat aber keinen Dolmetscher dabei, und der junge Inder spricht weder Deutsch noch Englisch.

Drei Tage nach seiner Selbsttötung finden die Ermittlungsbehörden in seiner Hosentasche einen Abschiedsbrief. Der Text ist auf dem Papier des Asyl-Ablehnungsbescheides geschrieben. Über dem letzten Lebenszeichen Cheenas prangt der offizielle Briefkopf des Bundesamtes für die Anerkennung ausländischer Flüchtlinge.

Bemerkenswert ist die Pressemitteilung des Justizministeriums von Sachsen-Anhalt am Tag nach der Selbsttötung von Cheena: „Im Vorfeld gab es keine Anzeichen für eine Suizidgefahr.“ <

ANTIRASSISTISCHE
INITIATIVE
BERLIN

Elke Schmidt *hat*
das Projekt
Antirassistische
Initiative (ARI) 1993
mit einer Mitstreite-
rin gestartet. Sie ist
damit seit Anfang
der Dokumentation
dabei.

Margot Tuzina *ist*
seit eineinhalb
Jahren bei ARI und
arbeitet im Bündnis
Neukölln mit
Geflüchteten.



Agne Andrae
arbeitet beim
Bayerischen Flücht-
lingsrat und im
Maschinenraum
der Hinterland

